

Freie Wähler fordern Transparenzinitiative für München

## **FW-Stadtrat Altmann: „Ich fordere Informationsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger!“**

5 *München, 21. Juli 2009* Nachdem die Regierungsmehrheit im Bayerischen Landtag gegen die Stimmen der Opposition erneut ein Gesetz zur Informationsfreiheit im Freistaat abgelehnt hat, fordern die Freien Wähler im Stadtrat nun sofort Maßnahmen seitens der Landeshauptstadt München, um in eigener Regie für die Bürgerinnen und Bürgern eine entsprechende  
10 Informationsfreiheitssatzung zu schaffen.

FW-Stadtrat Altmann: „Wir brauchen dazu auch keine langen Evaluationen mehr. Denn mit dem seit 2006 geltenden Bundesgesetz, in zahlreichen Bundesländern vorhandenen Landesgesetzen und auch bereits in einigen Städten und Gemeinden verabschiedeten Satzungen sind mehr als genug  
15 Beispiele da, um eine entsprechende Satzung zur Informationsfreiheit für München zu gestalten. Allein der seitens des 'Aktionsbündnisses Informationsfreiheit Bayern' vorliegende Entwurf einer Gemeindegatzung enthält meines Erachtens nach alle wesentlichen Aspekte. Im Rahmen eines öffentlichen Hearing ließe sich ein entsprechender Entwurf schließlich in  
20 einer breiten Diskussion erörtern.“

Neben einer eigenen Informationsfreiheitssatzung, als dem wesentlichen Fundament einer der Öffentlichkeit verpflichteten Stadtverwaltung, fordert Johann Altmann auch in weiteren Bereichen mehr Transparenz. „Neben dem internet-basierten Ratsinformationssystem RIS, das dringend technisch  
25 und in der Handhabung verbessert werden muss, sollten Anträge und Anfragen der Stadträte zumindest in den wesentlichen Aspekten auch über das Infoscreen-System in den Münchner U-Bahnhöfen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Und auch bei den für die U-Bahnfahrzeuge geplanten Informationsbildschirmen ließe sich solch ein Rathaus-  
30 Informationsservice leicht einplanen. Dies wären sinnvolle Schritte für ein Mehr an Transparenz der Stadtratsarbeit und sicher auch Maßnahmen gegen die Politikverdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger.“

Auch die nach Meinung der Freien Wähler München zunehmende Praxis, dass besonders 'unangenehme' oder 'kritische' Themen nicht mehr in  
35 öffentlicher Sitzung sondern nicht-öffentlich abgehandelt werden, kritisiert Altmann und fordert entsprechende Transparenzkriterien in der Geschäftsordnung des Münchner Stadtrates festzuschreiben. Schließlich stellt nach Ansicht der Freien Wähler München auch die weitgehende „Geheimnisverpflichtung“ von Stadträten in Aufsichtsgremien kommunaler  
40 Betriebe oder in Beteiligungen einen erheblichen Konflikt zum öffentlichen Mandat dar. Daher fordert Stadtrat Altmann seitens der Stadtverwaltung hier die notwendigen Möglichkeiten und juristischen Schritte zu prüfen, dass

### Stadtratsbüro

Marienplatz 8, Zi.173

80331 München

Tel. 089 / 23 32 07 66

Fax 089 / 23 32 07 70

[stadtrat@fw-muenchen-stadtrat.de](mailto:stadtrat@fw-muenchen-stadtrat.de)

### Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit

Michael Knoblach

Tel. 089 / 67 90 76 24

Fax 089 / 43 73 92 11

Mobil: 0171 / 83 37 60 2

[pressekontakt@fw-muenchen-stadtrat.de](mailto:pressekontakt@fw-muenchen-stadtrat.de)

auch hier mehr Transparenz in der Aufsicht über öffentliche Einrichtungen wie zum Beispiel der Stadtwerke München hergestellt werden kann. Die  
45 nach Informationen der Freien Wähler zudem vermehrt auftretende  
Verlagerung von Planungsarbeit weg aus den städtischen Referaten hin zu  
den kommunalen Betrieben – und hier etwa auch im Bereich der Stadtwerke  
oder ihrer Verkehrsbetriebe – wirft weitere Fragen auf nach der öffentlichen  
Kontrollierbarkeit solcher Prozesse und der Beurteilung der Ergebnisse dort  
50 statt findender Planungsarbeit.

Stadtrat Altmann: „Insbesondere in der beantragten  
Informationsfreiheitsgesetz sehe ich eine wesentliche Basis, um wieder zu  
mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung zu kommen. Sollte sich  
hier die Rathausmehrheit verweigern, werden wir seitens der Freien Wähler  
55 München sicherlich prüfen, inwieweit wir die Stadt zum Beispiel mittels eines  
Bürgerbegehrens dazu zwingen können. Und ich sehe da sehr gute Chancen  
auf ein breites Bündnis mit weiteren Gruppierungen.“

Information für die Medien:

Der Pressemitteilung beigefügt sind die 5 Anträge der Transparenzinitiative  
60 sowie eine Anfrage zu diesem Thema.